

Verfassungsentwurf

für ein freies und eigenverantwortliches Gemeinwesen

Diskussionsentwurf von Joachim Kipka

Stand: August 2026

Quell-SHA-256: 5cdb1cf2fb95cc11b2e1666758f5f99f3cd9a311517569ee569aee4d80d98862

Präambel

Das Volk gibt sich diese Verfassung in freier Entscheidung.

Es gründet seine staatliche Ordnung auf Menschenwürde, Freiheit, Eigenverantwortung, Eigentum, Rechtssicherheit und die

Der Staat dient dem Bürger. Der Bürger dient nicht dem Staat.

Alle staatliche Gewalt geht vom Volke aus.

Freiheit ist der Normalfall. Staatlicher Eingriff ist die begründungspflichtige Ausnahme.

I. Freiheit und Grundrechte

Artikel 1 ? Menschenwürde und Freiheit

Die Würde jedes Menschen ist unantastbar. Jeder Mensch ist frei, sein Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, so

Artikel 2 ? Gleichheit

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Niemand darf wegen Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Religion, Welta

Artikel 3 ? Eigentum

Eigentum wird gewährleistet. Das Eigentum an Grund und Boden erstreckt sich grundsätzlich auch auf dessen Untergrund

Artikel 4 ? Privatsphäre

Wohnung, persönliche Kommunikation, persönliche Daten und private Lebensführung sind unverletzlich. Staatliche Überwa

Artikel 5 ? Meinung, Information und Medien

Jeder darf seine Meinung frei äußern, verbreiten und empfangen. Presse, Medien, Wissenschaft und Zugang zu Information

Artikel 6 ? Religion und Weltanschauung

Jeder Mensch darf eine Religion oder Weltanschauung annehmen, ausüben, wechseln oder ablehnen. Staat und Religions

Artikel 7 ? Privatleben, Partnerschaft und Familie

Die Gestaltung persönlicher Beziehungen volljähriger Menschen ist deren private Angelegenheit. Der Staat bestimmt keine

Artikel 8 ? Vertrags- und Berufsfreiheit

Jeder Volljährige darf Verträge nach eigener Entscheidung schließen sowie Beruf, Gewerbe und Unternehmen frei wählen u

II. Staat und seine Grenzen

Artikel 9 ? Staatsaufgaben

Aufgabe des Staates ist insbesondere der Schutz von:

1. Leben und Freiheit
2. innerer Sicherheit
3. unabhängiger Justiz
4. äußerer Sicherheit
5. Eigentum und Verträgen
6. grundlegender Infrastruktur
7. grundlegender Bildung
8. Kindern und Menschen, die objektiv nicht für sich selbst sorgen können.

Der Staat unterhält die hierfür notwendigen Einrichtungen.

Die dauerhafte Übernahme darüber hinausgehender Aufgaben bedarf einer besonderen Rechtfertigung nach dieser Verfas

Artikel 10 ? Subsidiarität und Eigenverantwortung

Was Bürger selbst oder durch freiwillige Gemeinschaften angemessen regeln können, ist grundsätzlich nicht Aufgabe des S

Artikel 11 ? Soziale Verantwortung

Jeder Erwachsene trägt grundsätzlich Verantwortung für seinen Lebensunterhalt, seine Vorsorge und seine persönlichen L

Artikel 12 ? Bildung

Jedes Kind hat Anspruch auf grundlegende Bildung. Eltern haben das Recht, die Bildungsform ihrer Kinder frei zu wählen, s

III. Finanzen

Artikel 13 ? Begrenzung des Staates

Die gesamten Ausgaben aller staatlichen Ebenen und verpflichtenden staatlichen Sicherungssysteme dürfen im dauerhafte

Artikel 14 ? Steuern

Steuern dienen ausschließlich der Finanzierung der verfassungsmäßigen Aufgaben des Staates. Sie dürfen grundsätzlich n

Artikel 15 ? Staatsschulden und Haushalt

Laufende staatliche Aufgaben dürfen grundsätzlich nicht durch neue Schulden finanziert werden. Neue Schulden sind nur z

IV. Volksvertretung und politische Macht

Artikel 16 ? Volksvertreter

Gewählte Volksvertreter vertreten die Bürger. Sie sind an Weisungen von Parteien, Verbänden, Unternehmen, Organisation

Artikel 17 ? Begrenzung politischer Amtszeiten

Politische Macht wird ausschließlich auf Zeit übertragen. Gewählte Volksvertreter dürfen einem Parlament höchstens zwei v

Artikel 18 ? Vergütung politischer Amtsträger

Die Vergütung hauptamtlicher gewählter Volksvertreter und Regierungsmitglieder bemisst sich nach dem durchschnittlichen

Artikel 19 ? Parteien

Bürger dürfen sich zu politischen Parteien und Vereinigungen zusammenschließen. Parteien wirken an der politischen Wille

Unabhängige Kandidaten müssen unter gleichen Bedingungen an Wahlen teilnehmen können. Ein politisches Mandat gehö

Artikel 20 ? Verbot des Lobbyismus

Verdeckte und offene persönliche Einflussnahme organisierter Interessen auf Amtsträger außerhalb transparenter öffentlic

Artikel 21 ? Persönliche Verantwortung

Ein öffentliches Amt entbindet nicht von persönlicher Verantwortung. Amtsträger haften persönlich für vorsätzlichen Rechtsb

V. Wahlen und unmittelbare Demokratie

Artikel 22 ? Wahlgrundsätze

Wahlen sind allgemein, unmittelbar, frei, gleich, persönlich, geheim und nachprüfbar. Die Stimmabgabe erfolgt grundsätzlic

Artikel 23 ? Wahlteilnahme

Die Teilnahme an allgemeinen Wahlen und verbindlichen Volksabstimmungen ist Bürgerpflicht. Der Staat gewährleistet jed

Artikel 24 ? Ablehnung von Kandidaten

Bei jeder Personenwahl muss der Bürger die Möglichkeit besitzen, sämtliche angebotenen Kandidaten ausdrücklich abzuleh

Artikel 25 ? Volksabstimmungen

Das Volk kann durch Volksinitiative Gesetze und Verfassungsänderungen zur Abstimmung stellen. Bei jeder Volksabstimmu

Artikel 26 ? Schutz der Wahl

Wahlfälschung, Stimmenkauf, Manipulation der Stimmabgabe oder Auszählung und vorsätzliche Behinderung freier Wahlen

VI. Recht und Justiz

Artikel 27 ? Rechtsstaat

Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung sind an diese Verfassung und das Recht gebunden. Gerichte sind unabhängig. .

Artikel 28 ? Strafrecht

Strafrecht dient dem Schutz konkreter Rechtsgüter und der Sicherheit des Gemeinwesens. Moralische oder politische Missl

Artikel 29 ? Verfassungsgericht

Ein unabhängiges Verfassungsgericht wacht über die Einhaltung dieser Verfassung. Es kann verfassungswidrige staatliche

Es ist an Wortlaut, Zusammenhang, Zweck und erkennbare Grundentscheidungen dieser Verfassung gebunden. Eine Ausle

VII. Verteidigung und Frieden

Artikel 30 ? Streitkräfte

Der Staat unterhält eine zur Verteidigung erforderliche Streitmacht. Die Streitkräfte dienen der Verteidigung des Landes und

Artikel 31 ? Militärische Auslandseinsätze

Militärische Einsätze außerhalb des eigenen Staatsgebietes sind nur zur unmittelbaren Verteidigung, zur Verteidigung eines

Artikel 32 ? Verbot des Angriffskrieges

Die Vorbereitung, Planung, Einleitung und Durchführung eines Angriffskrieges ist verboten. Bereits die vorsätzliche Planung

VIII. Gesetzgebung und Begrenzung der Regelungsdichte

Artikel 33 ? Verständlichkeit der Gesetze

Gesetze müssen klar, bestimmt und für den betroffenen Bürger verständlich sein. Rechte und Pflichten dürfen nicht ohne zw

Artikel 34 ? Befristung staatlicher Regelungen

Gesetze und Verordnungen sind regelmäßig auf ihre fortbestehende Notwendigkeit zu überprüfen. Regelungen, deren Notw

IX. Verfassungsänderung

Artikel 35 ? Änderung der Verfassung

Eine Änderung dieser Verfassung bedarf einer Zweidrittelmehrheit der gewählten Volksvertreter und anschließend der Zusti

Artikel 36 ? Unantastbarer Kern

Auch durch Verfassungsänderung dürfen nicht aufgehoben werden:

9. Menschenwürde
10. Gleichheit vor dem Gesetz
11. freie und geheime Wahlen
12. Gewaltenteilung und unabhängige Gerichte
13. Meinungsfreiheit
14. grundlegender Eigentumsschutz
15. persönliche Verantwortlichkeit staatlicher Macht
16. der Grundsatz, dass alle staatliche Gewalt vom Volk ausgeht.

X. Schlussgrundsatz

Artikel 37 ? Vermutung zugunsten der Freiheit

Alle staatliche Macht ist begrenzt. Was diese Verfassung dem Staat nicht als Aufgabe zuweist und nicht die Rechte anderer

Freiheit bedarf keiner Genehmigung.